

Information des Bürgervereins Gartenstadt

Gartenstadt als Standort für Asyl-Unterkunft im Gespräch Der Bürgerverein Gartenstadt will das Vorhaben verhindern

***Bamberg-Gartenstadt.* Die Regierung von Oberfranken plant, im HWKW-Gewerbekomplex an der Memmelsdorfer Straße auf dem Gebiet der Gartenstadt rund 200 Asylbewerber unterzubringen. Der Bürgerverein Gartenstadt befürchtet erhebliche negative Auswirkungen auf die Entwicklung des gesamten Stadtteils und will mit allen friedlichen und demokratischen Mitteln ein Asylbewerberheim in der Gartenstadt verhindern.**

Die private Vermögensverwaltung Thomas Sommer aus Obermichelbach bei Fürth hat als Eigentümerin die freistehenden Gewerbeflächen der Regierung von Oberfranken als Asylbewerberunterkunft angeboten. Der Regierungspräsident von Oberfranken, Wilhelm Wenning, beabsichtigt, die Flächen vom Eigentümer zu diesem Zweck anzumieten und hat bereits vor einigen Wochen die Stadt Bamberg über sein Vorhaben informiert. Die Stadtverwaltung prüft seitdem intern die Anfrage der Regierung. Am 11. August soll sich der Ältestenrat des Stadtrats mit diesem Thema befassen.

Stadt Bamberg kann das geplante Vorhaben noch verhindern

Jetzt wird es auf die Entscheidung der Stadt Bamberg ankommen, da die Bezirksregierung die Asylbewerberunterkunft nicht ohne Zustimmung der Stadt eröffnen kann. Das betroffene Gebiet ist derzeit als reine Gewerbefläche und „Sondergebiet Post“ ausgewiesen, so dass nach Einschätzung von Fachleuten der Flächennutzungsplan zuvor vom Stadtrat geändert werden müsste. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadtspitze um Oberbürgermeister Andreas Starke die Befürchtungen und Argumente gegen die mögliche Asylbewerberunterkunft durchaus ernst nimmt. Im Gebiet von Oberfranken müssen derzeit mehrere Hundert Asylbewerber aufgenommen werden und nach dem Verteilungsschlüssel kann und wird auch Bamberg sicherlich nicht völlig unberücksichtigt bleiben. Die Stadtverwaltung hat nach unseren Informationen auch nach möglichen Alternativstandorten in Bamberg Ausschau gehalten, allerdings bisher ohne Erfolg.

Die Gartenstadt ein mögliches Auffanglager für Asylbewerber?

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Unterbringung von 200 Asylbewerbern nur ein erster Schritt sein wird. Nach unseren Informationen gibt es Untersuchungen zu den verfügbaren Potenzialen des Standorts, die zu dem Ergebnis führten, dass das geplante Asylbewerberheim auf bis zu 500 Personen aufgestockt werden könnte. Sogar ein Auffanglager für Asylanten – ähnlich Zirndorf – wäre denkbar.

Eine solch große Zahl von Asylbewerbern auf diesem sehr begrenzten Raum in unmittelbarer Nähe zur Gartenstadt kann nicht ohne Folgen bleiben. Wenn zwischen 200 bis 500 Asylbewerber unterschiedlicher Nationalitäten mit oft widersprüchlichen kulturellen, religiösen, ethnischen und politischen Hintergründen auf dem Gelände der HWKW untergebracht werden, dann sind schwerwiegende Konsequenzen für unseren Stadtteil Gartenstadt vorprogrammiert.

Ein Asylbewerberheim dieser Größe wäre schlimm für den Stadtteil

Die Gartenstadt hat eine gewachsene, nahezu dörfliche Struktur, die durch eine solche Veränderung der Wohnsituation eine sehr negative Entwicklung erfahren würde. Wir vertreten nachhaltig die Meinung, dass die bayerische Form der Massenunterkunft für Asylbewerber in dieser Größenordnung weder zeitgemäß noch menschenwürdig ist. Diese Form der Unterbringung wird ohne ein tragfähiges Konzept für die Gestaltung des Zusammenlebens zwischen Gartenstädtern und Asylbewerbern zweifellos zu sozialen Spannungen führen.

Bürgerverein wird alle Mittel ausschöpfen

Der Bürgerverein Gartenstadt hat als eine der wichtigsten satzungsgemäßen Aufgaben, Schaden vom Stadtteil abzuwenden und die Interessen der Bewohner der Gartenstadt zu vertreten. Im Rahmen dieser Interessensvertretung werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um ein Asylbewerberheim in dieser Größenordnung und an diesem Standort zu verhindern.

Unsere moralische Verpflichtung, Asylbewerbern eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten, ist dabei ein wichtiger Aspekt. Wir können dennoch nicht die Augen davor verschließen, dass es berechnete Interessen der Bamberger Bürgerinnen und Bürger gibt. Dazu gehört auch, dass sich in den direkt angrenzenden Wohngebieten „Sieben Eichen“ und Anton-Schuster-Straße die Eigentümer auf die seit vielen Jahren bestehenden Verhältnisse verlassen haben. Sollte das Asylbewerberheim an der Memmelsdorfer Straße kommen, dann wird der Wert der Häuser und Wohnungen in unmittelbarer Nähe schnell und rapide sinken.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger der Gartenstadt dringend auf, uns bei unseren Vorhaben aktiv zu unterstützen, damit wir noch eine Chance haben, die geplante Massenunterkunft für Asylbewerber in der geplanten Form zu verhindern.



**HWKW-Gebäudekomplex
an der Memmelsdorfer Straße**